

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

Vertrag

für vollstationäre Pflegeeinrichtungen und Leistungsbezieher nach SGB XI und/oder SGB XII

Zwischen der **Marienhaus gem. GmbH**
Katholische Altenwohn- und Pflegeeinrichtung
Ottilienstraße 9
45127 Essen

vertreten durch die **Geschäftsführerin Monika Reinmuth**

und

#KlientAnrede #KlientVorname #KlientName

Geboren am: **#Geburtsdatum**

Straße: **#KlientStrasse** PLZ/Wohnort: **#KlientPLZ #KlientOrt**

als Vertreter/In:

#VertrAnred #VertVorname #VertrName

Straße: **#VertrStrasse** PLZ/Wohnort: **#VertrPLZ #VertrOrt**

Telefon: **#VertrTelefon** Bezug:

wird mit Wirkung vom auf unbestimmte Zeit folgender Vertrag geschlossen.

§ 1 Einrichtungsträger

- (1) Die Marienhaus gem. GmbH, im folgenden „Marienhaus“ genannt, ist eine gemeinnützige Einrichtung. Gesellschafter ist die katholische Pfarrgemeinde St. Gertrud.
- (2) Die Bewohnerin / der Bewohner respektiert die christliche Prägung der Einrichtung. Diese liegt der Konzeption der Einrichtung zugrunde.

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	1/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

§ 2 Vertragsgrundlagen

- (1) Die vorvertraglichen Informationen der Einrichtung nach § 3 Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG) sind Vertragsgrundlage, dazu gehört insbesondere die Darstellung der Wohn- und Gebäudesituation, Konzeption, Entgelte und Pflege- und Betreuungsleistungen nebst ausdrücklichem Hinweis auf Leistungen, die wir nicht anbieten, sowie die Ergebnisse der Qualitätsprüfungen.
- (2) Weitere Vertragsgrundlagen sind der Rahmenvertrag gem. § 75 Abs. 1 SGB XI zur Kurzzeitpflege und vollstationären Pflege (NRW), die Vergütungsvereinbarung nach § 84 SGB XI sowie der Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI in der jeweils gültigen Fassung. Soweit sie diesem Vertrag nicht in der Anlage beigefügt sind, werden sie auf Wunsch von der Einrichtung zur Verfügung gestellt.

§ 3 Leistungen der Einrichtung

- (1) Die Einrichtung erbringt der Bewohnerin / dem Bewohner folgende Leistungen:
 - a) Unterkunft in einem Einzelzimmer
 - b) Verpflegung in folgendem Umfang:
 - Normalkost: Frühstück
Mittagessen
Nachmittagskaffee
Abendessen
Zwischenmahlzeiten
 - Bei Bedarf: leichte Vollkost oder Diätkost nach ärztlicher Anordnung
sowie eine ausreichende jederzeit erhältliche Getränkeversorgung (Kaffee, Tee, Mineralwasser und Saft). Andere Getränke sind gegen Entgelt erhältlich.
 - c) Dem Pflegebedarf sowie dem Gesundheitszustand der Bewohnerin/des Bewohners entsprechende Pflege und Betreuung nach dem allgemein anerkannten Stand medizinisch-pflegerischer Erkenntnisse nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch - Soziale Pflegeversicherung (SGB XI) einschließlich der Leistungen der medizinischen Behandlungspflege entsprechend dem Rahmenvertrag gem. § 75 Abs. 1 SGB XI zur Kurzzeitpflege und vollstationären Pflege (NRW).

Bei Veränderungen des Pflegebedarfes passt die Einrichtung ihre Leistungen dem veränderten Bedarf an.

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	2/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

Folgende Leistungen werden durch die Einrichtung nicht angeboten:

- Unterbringung in einem geschlossenen Bereich
- Aufnahme und Versorgung von Beatmungspatienten
- Erbringung von medizinischer Behandlungspflege bei einem besonders hohen Bedarf, der gem. § 37 SGB V zu einer gesonderten Verordnung von medizinischer Behandlungspflege berechtigt
- Pflege und Betreuung für Personen mit schweren Verhaltensauffälligkeiten, die zu einer erheblichen Gefährdung für sich selbst oder andere Personen führen, die mit Mitteln der Einrichtung nicht abgewendet werden können.

Entsteht ein entsprechender Bedarf erst nach Einzug in die Einrichtung, darf die Einrichtung eine entsprechende Anpassung der Leistungen verweigern. Ist der Einrichtung ein Festhalten am Vertrag unter diesen Voraussetzungen nicht zuzumuten, kann sie den Vertrag außerordentlich kündigen.

- d) Zusätzliche Betreuung und Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner gem. § 43 b SGB XI.
 - e) Regelmäßige Reinigung des überlassenen Wohnraumes;
 - f) Überlassung, Reinigung und Instandhaltung von Bettwäsche und Handtüchern;
 - g) Waschen und Mangeln der maschinenwaschbaren persönlichen Bekleidung und Wäsche;
 - h) Haustechnik und Verwaltung;
- (2) Die Gemeinschaftsräume und -einrichtungen stehen der Bewohnerin / dem Bewohner zur Mitbenutzung zur Verfügung.
- (3) Die Einrichtung übergibt der Bewohnerin / dem Bewohner folgende Schlüssel:
1 Kleiderschrankschlüssel, 1 Schubladenschlüssel.
Auf Wunsch wird der Zimmerschlüssel (gegen Unterschrift) durch den Mitarbeiter der Haustechnik ausgegeben. Eine Anfertigung weiterer Schlüssel darf nur durch die Geschäftsführung veranlasst werden. Der Verlust von Schlüsseln ist umgehend der Geschäftsführung zu melden, die Ersatzbeschaffung erfolgt durch die Geschäftsführung auf Kosten des Bewohners. Alle Schlüssel bleiben Eigentum des Marienhauses. Bei Beendigung des Vertragsverhältnisses in beiderseitigem Einvernehmen oder durch Kündigung, sind die Schlüssel vollzählig an den Mitarbeiter der Haustechnik zurück zu geben.
- (4) Es gilt die freie Arzt- und Apothekenwahl, erforderlichenfalls ist die Einrichtung der Bewohnerin/dem Bewohner bei der Vermittlung dieser Leistungen behilflich.

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	3/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

§ 4 Leistungsentgelt

- (1) Das Entgelt für die Leistungen gem. § 3 richtet sich nach den mit den Kostenträgern (zuständigen Pflegekassen und Sozialhilfeträgern) getroffenen Vergütungsvereinbarungen.
- (2) Die Bemessung des Leistungsentgeltes entspricht der Zuordnung der Bewohnerin/des Bewohners in einen Pflegegrad durch die jeweilige Pflegekasse. Es erfolgt eine monatliche Abrechnung auf der Basis von 30,42 Tagen pro Monat. Das Leistungsentgelt beträgt täglich/monatlich:

Die zurzeit geltenden Pflegesätze vom 01.01.2024 bis 30.09.2024 und Investitionskosten vom 01.01.2023 bis 31.12.2024 betragen pro Tag:

Pflege- grad	Pflege- kosten	APU 2 (PflBG)	Kosten für Unterkunft & Verpflegung	Investi- tions- kosten	Betrag täglich	Betrag monatlich (30,42 Tage)
2	78,47 €	7,62 €	43,95 €	15,83 €	145,87 €	4.437,37 €
3	94,65 €	7,62 €	43,95 €	15,83 €	162,05 €	4.929,56 €
4	111,51 €	7,62 €	43,95 €	15,83 €	178,91 €	5.442,44 €
5	119,07 €	7,62 €	43,95 €	15,83 €	186,47 €	5.672,42 €

In der Regel übernimmt die gesetzliche Pflegeversicherung monatlich folgende Beträge:

Pflegegrad 2	= 770,00 Euro monatlich
Pflegegrad 3	= 1.262,00 Euro monatlich
Pflegegrad 4	= 1.775,00 Euro monatlich
Pflegegrad 5	= 2.005,00 Euro monatlich

(Privatversicherte und Beihilfeberechtigte können diese Beträge von ihren Versicherungen bzw. von der Beihilfestelle erstattet bekommen.)

Nachrichtlich: Als **einrichtungseinheitlicher Eigenanteil** im Sinne des SGB XI wurde **1.617,17 €** je Monat (Basis 30,42 Tage) ermittelt; dieser Betrag ist kein Vergütungsbestandteil, sondern bezieht den von Ihnen zu leistenden, in allen Pflegegraden gleich hohen Zuzahlungsbetrag für das Entgelt für die Pflege nach Abs. 2.

Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5 erhalten ab dem 01.01.2024 einen Leistungszuschlag in Höhe von

- 15 v. H. ihres zu zahlenden Eigenanteils an den pflegebedingten Aufwendungen bei einem Leistungsbezug nach § 43 SGB XI von bis einschließlich 12 Monaten,
- 30 v. H. ihres zu zahlenden Eigenanteils an den pflegebedingten Aufwendungen bei einem Leistungsbezug nach § 43 SGB XI von mehr als 12 Monaten,
- 50 v. H. ihres zu zahlenden Eigenanteils an den pflegebedingten Aufwendungen bei

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	4/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

- einem Leistungsbezug nach § 43 SGB XI von mehr als 24 Monaten,
- 75 v. H. ihres zu zahlenden Eigenanteils an den pflegebedingten Aufwendungen bei einem Leistungsbezug von mehr als 36 Monaten.

Der Leistungszuschlag wird in entsprechender Höhe zum Eigenanteil an den pflegebedingten Aufwendungen einschließlich der Ausbildungsumlage, die die Bewohnerin/der Bewohner zu zahlen hat, geleistet. Bei der Berechnung des Leistungszuschlages werden die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie die Investitionskosten nicht berücksichtigt, so dass diese in voller Höhe zu tragen sind.

Unter Berücksichtigung Ihres individuellen Leistungszuschlages ergibt sich somit ein entsprechend reduzierter Eigenanteil.

Bei Ein- bzw. Austritt im laufenden Monat wird auf Basis der vereinbarten täglichen Entgeltbestandteile (Pflege, Ausbildungsumlage, Verpflegung, Unterkunft, Investitionsaufwendungen) abgerechnet.

Ist die Bewohnerin/ der Bewohner privat pflegeversichert, fallen für die Leistungen der zusätzlichen Betreuung und Aktivierung gem. § 3 Abs. 1 d) dieses Vertrages zusätzliche monatliche Kosten in Höhe des gesetzlich festgelegten Betrages an.

- (3) Wird die Bewohnerin/der Bewohner ausschließlich und nicht nur vorübergehend einschließlich der Flüssigkeitsversorgung durch Sondenernährung auf Kosten Dritter (z.B. Krankenversicherung) versorgt, verringert sich das Entgelt für Verpflegung um die ersparten Aufwendungen. Entsprechend der aktuellen Vergütungsvereinbarung werden zzt. **6,38 €** täglich bzw. **194,08 €** monatlich von dem in Abs. 2 genannten Entgelt für Verpflegung abgezogen.
- (4) Das Entgelt für die betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen wird gem. §§ 10 Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW), 12 Abs. 6 und 14 Abs. 2 Durchführungsverordnung zum APG (APG DVO) bei monatlicher Abrechnung auf Basis von 30,42 Tagen berechnet.

§ 4 Vorübergehende Abwesenheit

- (1) Soweit der Pflegeplatz aufgrund eines Aufenthaltes in einem Krankenhaus, in einer stationären Rehabilitationseinrichtung sowie wegen Urlaubs nicht in Anspruch genommen werden kann, ist er freizuhalten.
- (2) Bei vorübergehender Abwesenheit wird grundsätzlich ein Leistungsentgelt nach Maßgabe des Rahmenvertrages gem. § 75 Abs. 1 SGB XI (Kurzzeitpflege und vollstationäre Pflege) NRW berechnet. Danach wird ab dem vierten Tag der ganztägigen Abwesenheit wegen Aufenthaltes in einem Krankenhaus, in einer stationären Rehabilitationseinrichtung sowie wegen Urlaubs ein verringertes Entgelt nach Abs. 3 berechnet. Innerhalb eines Kalenderjahres besteht Anspruch das verringerte Entgelt für bis zu 42 Tage. Bei Krankenhausaufenthalten und bei Aufenthalten in Rehabilitationseinrichtungen verlängert sich der Abrechnungszeitraum für die Dauer dieser Aufenthalte.

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	5/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

- (3) Das Monatsentgelt wird ab dem vierten Abwesenheitstag für jeden Abwesenheitstag um 25 v.H. der täglichen Pflegevergütung (vgl. § 84 Abs. 1 SGB XI), der täglichen Entgelte für Unterkunft und Verpflegung sowie des Vergütungszuschlages zur Refinanzierung der Ausbildungsumlage nach § 28 Abs. 2 PflBG (Pflegeberufegesetz) gemindert. Für die ersten 3 Tage der ganztägigen Abwesenheit sind die ungekürzte Pflegevergütung, die ungekürzten Entgelte für Unterkunft und Verpflegung sowie der ungekürzte Umlagebetrag nach dem PflBG zu zahlen.
- (4) Das Entgelt für die betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen ist bei vorübergehender Abwesenheit in voller Höhe zu entrichten.

§ 5

Vertragsanpassung bei Änderung des Pflege- oder Betreuungsbedarfs

- (1) Die Einrichtung ist berechtigt, das Entgelt durch einseitige Erklärung zu erhöhen, wenn der individuelle Betreuungs- und Pflegebedarf der Bewohnerin/des Bewohners zunimmt. Die Erhöhung ist bei entsprechender Feststellung durch den Leistungsbescheid der Pflegekasse zulässig, wenn die Einrichtung die Entgelterhöhung vorab dem Bewohner / der Bewohnerin schriftlich begründet hat. In dieser Begründung sind die bisherigen und die veränderten Leistungen sowie die dafür jeweils zu entrichtenden Entgelte gegenüberzustellen. Die Erhöhung wird wirksam nach Zugang bei der Bewohnerin/dem Bewohner, auch wenn im Leistungsbescheid der Pflegekasse ein früherer Zeitpunkt bestimmt wird.
- (2) Bei Verringerung des individuellen Betreuungs- und Pflegebedarfs wird das Entgelt entsprechend der Feststellung im Leistungsbescheid der Pflegekasse zu dem dort genannten Zeitpunkt reduziert. Die bisherigen und die veränderten Leistungen sowie die dafür jeweils zu entrichtenden Entgelte sind gegenüberzustellen.

§ 6

Entgelterhöhung bei Änderung der Berechnungsgrundlage

- (1) Soweit sich die bisherige Berechnungsgrundlage der Entgeltbestandteile gem. § 6 Abs. 2 dieses Vertrages verändern, gilt für Bewohnerinnen und Bewohner, die Leistungen nach dem SGB XI und/oder des SGB XII in Anspruch nehmen, die aufgrund der Bestimmungen des Siebten und Achten Kapitels des SGB XI bzw. des Zehnten Kapitels des SGB XII festgelegte Höhe des Entgeltes (einschließlich des Vergütungszuschlages nach dem Pflegeberufegesetz (PflBG) gem. § 7 Abs. 2 WBVG als vereinbart und angemessen. Eine Erhöhung der Investitionsaufwendungen ist nur zulässig, soweit sie betriebsnotwendig und nicht durch öffentliche Förderung gedeckt ist.
- (2) Die Einrichtung hat der Bewohnerin/dem Bewohner die beabsichtigte Erhöhung des Entgeltes schriftlich mitzuteilen und zu begründen. Aus der Mitteilung muss der Zeitpunkt hervorgehen, zu dem die Einrichtung die Erhöhung des Entgeltes verlangt. In der Begründung muss sie unter Angabe des Umlagemaßstabes die Positionen benennen, für die sich durch die veränderte Berechnungsgrundlage Kostensteigerungen ergeben, und die bisherigen

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	6/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

Entgeltbestandteile den vorgesehenen neuen Entgeltbestandteilen gegenüberstellen. Die Bewohnerin/Der Bewohner schuldet das erhöhte Entgelt frühestens vier Wochen nach Zugang des hinreichend begründeten Erhöhungsverlangens. Der Bewohner muss rechtzeitig Gelegenheit erhalten, die Angaben der Einrichtung durch Einsichtnahme in die Kalkulationsunterlagen zu überprüfen.

§ 7 Fälligkeit und Abrechnung

- (1) Das Leistungsentgelt ist jeweils im Voraus am Ersten eines Monats fällig, es ist auf das Konto des Einrichtungsträgers

Kontoinhaber: Marienhaus gem. GmbH
Bank: Bank im Bistum Essen
IBAN: DE74 3606 0295 0066 6200 50
Kontonr.: 666 200 50
BLZ: 360 602 95
BIC: GENODED1BBE

Bank: Sparkasse Essen
IBAN: DE81 3605 0105 0000 2068 88
Kontonr.: 206 888
BLZ: 360 501 05
BIC: SPESDE3E

zu überweisen. In dem Fall, dass der Bewohner/die Bewohnerin der Einrichtung eine Einzugsermächtigung erteilt, zieht diese den Entgeltbetrag zum jeweiligen Ersten eines Monats ein. Fällt dieser nicht auf einen Bankarbeitstag, erfolgt der Einzug am unmittelbar darauffolgenden Bankarbeitstag.

Abweichende Bestimmungen und Vereinbarungen mit Kostenträgern bleiben unberührt.

- (2) Ergibt sich aufgrund der Abrechnung eine Differenz gegenüber dem nach Absatz 1 in Rechnung gestellten Leistungsentgelt, so ist spätestens mit der nächstfälligen Zahlung ein Ausgleich herbeizuführen.
- (3) Soweit Entgelte von öffentlichen Kostenträgern übernommen werden, wird mit diesen abgerechnet. Die Bewohnerin/Der Bewohner wird über die Höhe des übernommenen Anteils informiert.

§ 8 Mitwirkungspflichten

- (1) Die Bewohnerin/Der Bewohner ist zur Vermeidung von ansonsten möglicherweise entstehenden rechtlichen und finanziellen Nachteilen gehalten, die erforderlichen Anträge zu stellen und die notwendigen Unterlagen vorzulegen (z.B. für Leistungen nach SGB XI, SGB XII inklusive Pflegegutachten und Pflegegeld in NW). Bei fehlender oder falscher Information der Einrichtung oder der Kostenträger drohen der Bewohnerin/dem Bewohner ansonsten Regresse.
- (2) Die Bewohnerin/der Bewohner ist insbesondere verpflichtet, einen Antrag auf Einstufung und Überprüfung der Einstufung durch die Pflegekasse nach schriftlicher und begründeter

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	7/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

Aufforderung der Einrichtung zu stellen. Weigert sich die Bewohnerin/der Bewohner, den Antrag zu stellen, kann die Einrichtung ihr/ihm oder dem Kostenträger ab dem ersten Tag des zweiten Monats nach der Aufforderung vorläufig den Pflegesatz nach dem nächsthöheren Pflegegrad berechnen. Werden die Voraussetzungen für einen höheren Pflegegrad vom Medizinischen Dienst nicht bestätigt und lehnt die Pflegekasse eine Höherstufung deswegen ab, hat die Einrichtung der Bewohnerin/dem Bewohner den überzahlten Betrag unverzüglich zurückzuzahlen; der Rückzahlungsbetrag ist rückwirkend ab Zahlung des erhöhten Entgeltes mit wenigstens 5 v.H. zu verzinsen. Das Kündigungsrecht nach § 15 dieses Vertrages bleibt unberührt.

§ 9 Eingebrachte Sachen

- (1) Im Einvernehmen mit der Einrichtungsleitung kann die Bewohnerin/der Bewohner Möbel und andere Einrichtungsgegenstände in ihr / sein Zimmer einbringen. Die von der Bewohnerin/dem Bewohner eingebrachten elektrischen, netzabhängig betriebenen Geräte werden auf ihre/seine Kosten regelmäßig durch die Einrichtung bzw. auf deren Veranlassung geprüft. Solche Geräte, die nicht verkehrssicher sind, dürfen nicht betrieben werden. Die Inbetriebnahme von Elektrogeräten, die einen höheren Energieaufwand oder Geräuschbelastigungen verursachen, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung der Geschäftsführung.
- (2) Persönliche Gegenstände der Bewohnerin/des Bewohners können außerhalb der zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten nur aufgrund einer besonderen Vereinbarung untergebracht werden.

§ 10 Tierhaltung

Die Haltung von Kleintieren ist mit Zustimmung der Geschäftsführung möglich.

§ 11 Haftung

- (1) Bewohnerin/Bewohner und Einrichtung haften einander für Sachschäden im Rahmen dieses Vertrages nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Die Haftung für Sachschäden aufgrund einfacher Fahrlässigkeit bei der Verletzung von wesentlichen Vertragspflichten bleibt unberührt.
Dem Bewohner bleibt es überlassen, hierfür eine Sachversicherung abzuschließen.
- (2) Für Personenschäden wird im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gehaftet. Das gilt auch für sonstige Schäden.

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	8/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

§ 12 Datenschutz

- (1) Die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Einrichtung sind zur Verschwiegenheit sowie zur Beachtung der geltenden Datenschutzbestimmungen verpflichtet.
- (2) Soweit es gesetzlich erlaubt oder angeordnet oder für die Erfüllung dieses Vertrags erforderlich ist, dürfen personenbezogene Daten, insbesondere auch Gesundheitsdaten, der Bewohnerin / des Bewohners durch die Einrichtung verarbeitet werden. Für jede darüberhinausgehende Verarbeitung der personenbezogenen Daten bedarf es der Einwilligung der Bewohnerin/des Bewohners (siehe Anlagen 1-2).
- (3) Die Bewohnerin / der Bewohner hat das Recht auf Information und Auskunft, welche Daten über sie / ihn auf welcher Rechtsgrundlage zu welchem Zweck verarbeitet werden. Darüber hinaus besteht im Rahmen der geltenden Datenschutzbestimmungen insbesondere ein Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung, ein Recht auf Datenübertragbarkeit und Widerspruch gegen bestimmte Datenverarbeitungsvorgänge sowie ein Recht auf Beschwerde (siehe Anlage 1 / Datenschutzinformation).

§ 13 Recht auf Beratung und Beschwerde

- (1) Die Bewohnerin/Der Bewohner hat das Recht, sich bei der Einrichtung (direkt bei der Einrichtungsleitung oder in Form von Bewertungskärtchen, die überall im Haus bereitliegen und regelmäßig ausgewertet und verfolgt werden) und den in der Anlage 5 genannten Stellen beraten zu lassen und sich dort über Mängel bei Erbringung der im Vertrag vorgesehenen Leistungen zu beschweren.
- (2) Die Bewohnerin/Der Bewohner hat Anspruch darauf, dass die Einrichtung das von der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW für ihre Mitglieder in einer Selbstverpflichtung festgelegte interne und externe Beschwerdemanagement gewährleistet. Die Selbstverpflichtungserklärung ist Bestandteil dieses Vertrages und als Anlage 4 beigelegt.
- (3) Die Rechte nach § 10 Wohn- und Betreuungsgesetz (WBVG) in Hinblick auf die Kürzung des Entgeltes bei Nicht- oder Schlechtleistung bleiben unberührt.

§ 14 Besondere Regelungen für den Todesfall

- (1) Im Falle des Ablebens der Bewohnerin/des Bewohners werden die Angehörigen, die in den Stammdaten hinterlegt sind, informiert.
- (2) Die Einrichtung stellt den Nachlass, soweit möglich, durch räumlichen Verschluss sicher. Unbeschadet einer etwaigen letztwilligen Verfügung oder der gesetzlichen Erbfolge soll der Besitz der Bewohnerin/des Bewohners an

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	9/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

Herrn/Frau

in ausgehändigt werden.

§ 15 Beendigung des Vertragsverhältnisses

- (1) Der Vertrag kann im beiderseitigen Einvernehmen oder durch Kündigung eines Vertragspartners beendet werden. Im Übrigen endet das Vertragsverhältnis mit dem Tod der Bewohnerin/des Bewohners.
- (2) Mit Beendigung des Vertrages ist die Unterkunft **am nächsten Tag** geräumt an die Einrichtung zu übergeben.

§ 16 Kündigung durch die Bewohnerin/den Bewohner

- (1) Die Bewohnerin/Der Bewohner kann den Vertrag spätestens am dritten Werktag eines Kalendermonats zum Ablauf desselben Monats schriftlich kündigen. Verlässt die Bewohnerin/der Bewohner nach erklärter Kündigung, aber vor Ablauf der Kündigungsfrist endgültig die Einrichtung, endet ihre/seine Zahlungspflicht und die ihrer/seiner Kostenträger mit dem Tag des Verlassens der Einrichtung. Bei einer Erhöhung des Entgeltes ist eine Kündigung jederzeit für den Zeitpunkt möglich, zu dem die Einrichtung die Erhöhung des Entgeltes verlangt.
- (2) Innerhalb von zwei Wochen nach Beginn des Vertragsverhältnisses kann die Bewohnerin/der Bewohner jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Wird der Bewohnerin/dem Bewohner erst nach Beginn des Vertragsverhältnisses eine Ausfertigung des Vertrages ausgehändigt, kann die Bewohnerin/der Bewohner auch noch bis zum Ablauf von zwei Wochen nach der Aushändigung kündigen.
- (3) Die Bewohnerin/der Bewohner kann den Vertrag aus wichtigem Grund jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn ihr/ihm die Fortsetzung des Vertrages bis zum Ablauf der Kündigungsfrist nicht zuzumuten ist.

§ 17 Kündigung durch die Einrichtung

- (1) Die Einrichtung kann den Vertrag nur aus wichtigem Grund kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform und ist zu begründen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn
 1. die Einrichtung den Betrieb einstellt, wesentlich einschränkt oder in seiner Art verändert und die Fortsetzung des Vertrags für die Einrichtung eine unzumutbare Härte

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	10/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

bedeuten würde,

2. die Einrichtung eine fachgerechte Pflege- oder Betreuungsleistung nicht erbringen kann, weil sie eine Anpassung der Leistungen aufgrund eines Ausschlusses nach § 8 Abs. 4 WBGV nicht anbietet und ihr deshalb ein Festhalten an dem Vertrag nicht zumutbar ist,
3. die Bewohnerin/der Bewohner ihre/seine vertraglichen Pflichten schuldhaft so gröblich verletzt, dass der Einrichtung die Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann; dies gilt insbesondere dann, wenn die Bewohnerin / der Bewohner ihre/seine Mitwirkungspflicht dadurch verletzt, dass sie/er trotz Aufforderung der Einrichtung nach § 5 Abs. 1 des Vertrages bei der Pflegekasse keinen Antrag auf Höherstufung stellt, oder
4. die Bewohnerin/der Bewohner
 - a) für zwei aufeinanderfolgende Termine mit der Entrichtung des Entgelts oder eines Teils des Entgelts, der das Entgelt für einen Monat übersteigt, im Verzug ist oder
 - b) in einem Zeitraum, der sich über mehr als zwei Termine erstreckt, mit der Entrichtung des Entgelts in Höhe eines Betrages in Verzug gekommen ist, der das Entgelt für zwei Monate erreicht.

Die Kündigung des Vertrages zum Zwecke der Erhöhung des Entgelts ist ausgeschlossen.

- (2) Die Einrichtung kann aus dem Grund des Abs. 1 S. 3 Nr. 2 2. Halbsatz nur kündigen, wenn sie zuvor die Bewohnerin/den Bewohner unter Bestimmung einer angemessenen Frist und unter Hinweis auf die beabsichtigte Kündigung erneut auf die Mitwirkungspflicht hingewiesen hat und der Kündigungsgrund nicht durch eine Antragsstellung entfallen ist.
- (3) Die Einrichtung kann aus dem Grund des Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 nur kündigen, wenn sie zuvor dem Bewohner unter Hinweis auf die beabsichtigte Kündigung erfolglos eine angemessene Zahlungsfrist gesetzt hat. Ist die Bewohnerin/der Bewohner in den Fällen des Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 mit der Entrichtung des Entgelts in Rückstand geraten, ist die Kündigung ausgeschlossen, wenn die Einrichtung vorher befriedigt wird. Die Kündigung wird unwirksam, wenn die Einrichtung bis zum Ablauf von zwei Monaten nach Eintritt der Rechtshängigkeit des Räumungsanspruchs hinsichtlich des fälligen Entgelts die Einrichtung befriedigt wird oder eine öffentliche Stelle sich zur Befriedigung verpflichtet.
- (4) In den Fällen des Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 bis 4 kann die Einrichtung den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Im Übrigen ist eine Kündigung bis zum dritten Werktag eines Kalendermonats zum Ablauf des nächsten Monats zulässig.

§ 18

Nachweis von Leistungersatz und Übernahme der Umzugskosten

- (1) Hat die Bewohnerin/der Bewohner nach § 16 Abs. 3 aufgrund eines von der Einrichtung zu vertretenden Kündigungsgrundes gekündigt, ist die Einrichtung der Bewohnerin/dem Bewohner auf dessen Verlangen zum Nachweis eines angemessenen Leistungersatzes

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	11/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

zu zumutbaren Bedingungen und zur Übernahme der Umzugskosten in angemessenem Umfang verpflichtet. § 115 Abs. 4 SGB XI bleibt unberührt.

- (2) Hat die Einrichtung nach § 17 Abs. 1 Satz 1 aus den Gründen des § 17 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 gekündigt, so hat sie der Bewohnerin/dem Bewohner auf deren/dessen Verlangen einen angemessenen Leistungersatz zu zumutbaren Bedingungen nachzuweisen. Die Einrichtung hat auch die Kosten des Umzugs in angemessenem Umfang zu tragen.
- (3) Die Bewohnerin/der Bewohner kann den Nachweis eines angemessenen Leistungersatzes zu zumutbaren Bedingungen nach Abs. 1 auch dann verlangen, wenn sie/er noch nicht gekündigt hat.

§ 19 Schlussbestimmung

1. Erfüllungsort ist Essen.
2. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.
3. Eine etwaige Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrages berührt seine Rechtswirksamkeit im Übrigen nicht.

Essen, den #DatumAktuell

(Bewohner/in)

(Vertreter/in)

(M. Reinmuth)

(D. von Jeger)

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	12/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

Anlage 1

Vorname Name: #KlientVorname #KlientName

Information zur Verarbeitung von Daten in der Pflege

1) Datenverarbeitung in der Einrichtung

Zur Erfüllung des Vertrages und gesetzlicher Verpflichtungen müssen personenbezogene Daten verarbeitet werden. Dieser Vertrag, Spezialvorschriften des Sozialgesetzbuches, das Datenschutzrecht (Gesetz über den Kirchlichen Datenschutz (KDG)) sowie die Sozialdaten-schutzregelungen) und – sofern vorhanden – die individuelle Leistungsvereinbarung und Vereinbarungen mit den zuständigen Trägern der Sozialhilfe ermächtigen dazu. Die Vorschriften des Datenschutzes (§ 6 Abs. 1 Buchst. c) i. V. m. § 11 Abs. 2 Buchst. h) und Absatz 3 KDG und § 6 Abs. 1 Buchst. d) KDG) finden Beachtung. Eine Weitergabe (Übermittlung) anvertrauter oder gespeicherter Daten bedarf immer der Einwilligung der Bewohnerin/des Bewohners bzw. der Klientin/des Klienten, sofern nicht eine Rechtsvorschrift die Übermittlung zulässt oder vorschreibt oder sofern die Daten für die Übermittlung nicht anonymisiert wurden. Verarbeitet werden dabei die nachfolgenden personenbezogenen Daten:

- Stammdaten
- Arztberichte inkl. Diagnosen und Befunde
- Anamnese-Dokumentation
- Pflegeplanung
 - Pflegeprobleme
 - Ressourcen
 - Pflegeziele
 - Pflegemaßnahmen (körperbezogene Pflegemaßnahmen, pflegerische Betreuungsmaßnahmen, Hilfen bei der Haushaltsführung, Entlastungsleistungen, ärztlich verordnete häusliche Krankenpflege, Psychosoziale Betreuung)
- Pflegedokumentation und –bericht (schriftlich / fotografisch)
- Leistungs- und Tätigkeitsnachweise der Pflege
- Pflegeberichte
- Leistungs- und Tätigkeitsnachweise medizinischer, therapeutischer und psychosozialer Betreuung
- Einfuhr-/Ausfuhr-Bilanz bei Bedarf
- Mobilisations- und Lagerungs-Pläne/Protokolle bei Bedarf
- Dokumentation zu allen erforderlichen Prophylaxen, z.B. Dekubitus, Sturz, Kontrakturen, inkl. Beratungsprotokolle
- Wunddokumentation (Nortonskala/Wunddokumentation)
- Sturzdokumentation (Sturzskala/Sturzprotokolle)
- Dokumentation freiheitsentziehender Maßnahmen inkl. Genehmigung
- Evaluation des Pflegeprozesses incl. Auswertung / Darstellung
Auswertung/Übersicht des Pflegeprozesses

2) Übermittlung von Daten an Dritte auf gesetzlicher Grundlage (Weitergabe und Einsichtnahme)

Insbesondere die Gesundheitsdaten unterliegen der Geheimhaltungspflicht und dürfen ohne Einwilligung ausschließlich auf Grundlage eines Gesetzes, das die Übermittlung an Dritte gestattet, weitergegeben oder eingesehen werden. Regelhaft werden Daten in folgenden Zusam-

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	13/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

menhängen an Dritte übermittelt (insbesondere an Kranken- und Pflegekassen, bei Sozialhilfeempfängern an Sozialhilfeträger) oder in der Einrichtung eingesehen (insbesondere vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung, dem Prüfdienst der Privaten Krankenversicherung und der Heimaufsicht):

- Bei der Abrechnung von Leistungen an die Pflegekasse (§§ 93, 94, 104, 105 SGB XI), die Krankenkassen (§§ 284, 302 SGB V) und gegebenenfalls an den Sozialhilfeträger (§§ 67 ff SGB X und § 11 Abs. 2 Ziffer h) und Abs. 3 KDG)
- Für Abrechnungsprüfungen werden Daten durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung dem Prüfdienst der Privaten Krankenversicherung oder von den Landesverbänden der Pflegekassen bestellte Sachverständige (§§ 276, 284 SGB V, §§ 93, 97, 97a, 114 SGB XI) eingesehen und falls erforderlich an diese übermittelt.
- Für die Prüfung des ordnungsgemäßen Betriebs der Einrichtung werden durch die Heimaufsicht Daten in der Einrichtung eingesehen und falls erforderlich an diese übermittelt (§§ 14 WTG NRW (Wohn- und Teilhabegesetz NRW) in Verbindung mit § 24 WTG DVO NRW)

3) Recht auf Information und Auskunft

Es besteht nach §§ 15, 17 KDG die Möglichkeit Auskunft über die in der Einrichtung gespeicherten personenbezogenen Daten geordnet nach Kategorien einschließlich der Verarbeitungszwecke, der Empfänger und die geplante Dauer der Speicherung zu erhalten. Dabei ist auch auf die nachfolgend unter 5. bis 10. dargestellten Rechte hinzuweisen.

Ein Recht auf Einsicht in die Pflegeplanung einschließlich der Aufzeichnung über die Umsetzung besteht auch gemäß § 6 Abs.1, Nr.5 WTG NRW

4) Recht auf Berichtigung

Unrichtige personenbezogene Daten werden gemäß § 18 KDG jederzeit berichtigt oder vervollständigt.

5) Recht auf Löschung, Dauer der Speicherung personenbezogener Daten

Gemäß § 19 KDG hat die betroffene Person das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, insb. wenn keine rechtliche Verpflichtung zur Aufbewahrung mehr besteht oder eine Speicherung der Daten nicht mehr erforderlich ist.

Soweit Leistungen der Behandlungspflege erbracht werden, ist insbesondere eine Aufbewahrungspflicht von 10 Jahren zu beachten (§ 630f Abs. 3 BGB). Aus handelsrechtlichen Vorschriften kann sich eine Aufbewahrungspflicht von Belegen von 6 oder 10 Jahren ergeben (§ 257 HGB).

Darüber hinaus kann im Einzelfall nach den Vorschriften des Zivilrechts eine Aufbewahrung von bis zu 30 Jahren erforderlich sein (§ 197 BGB).

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	14/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

6) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Gemäß § 20 KDG kann unter bestimmten Voraussetzungen die weitere Verarbeitung von personenbezogenen Daten beschränkt beziehungsweise auf bestimmte Zwecke eingegrenzt werden. Die Daten werden gut geschützt und vor Zugriff gesichert aufbewahrt.

7) Recht auf Datenübertragung

Auf ausdrückliches Verlangen können gemäß § 22 KDG vom Bewohner/von der Bewohnerin bzw. vom Gast/ von der Kundin/dem Kunden bereitgestellte und automatisiert verarbeitete, personenbezogene Daten in einem gängigen Format zur Verfügung gestellt oder auf Wunsch an einen Dritten weitergegeben werden (z. Bsp. bei einem Wechsel der Pflegeeinrichtung).

8) Widerspruchsrecht

Unter den Voraussetzungen von § 23 KDG ist die Datenverarbeitung durch die Einrichtung im Falle eines Widerspruches zu unterlassen.

9) Recht auf Beschwerde bei der Datenschutzaufsicht

Datenverarbeitungen der Einrichtung können mittels Beschwerde bei der Datenschutzaufsicht beanstandet werden. Die zuständige Datenschutzaufsicht ist:

Stefan Pau
Katholisches Datenschutzzentrum Dortmund
Brackeler Hellweg 144
44309 Dortmund
Telefon: 0231/13 89 85-0
Telefax: 0231/13 89 85-22
E-Mail: info@kdsz.de

10) verantwortliche Stelle, betrieblicher Datenschutzbeauftragter

Die für den Datenschutz verantwortliche Stelle der Einrichtung erreichen Sie unter:

Monika Reinmuth
Marienhaus gem. GmbH
Ottilienstr. 9
45127 Essen

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter der Postadresse der Einrichtung mit dem Zusatz „z. H. des betrieblichen Datenschutzbeauftragten“ sowie unter:

Johannes Schlütter
net.ter GmbH
Telefon: 0211 / 972 635 00
E-Mail: team@netter-protect.de

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	15/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

11) Hinweis auf Auftragsdatenverarbeitung

Wir weisen darauf hin, dass externe Dienstleister mit Datenverarbeitungsvorgängen beauftragt wurden. Der externe Dienstleister gewährleistet die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften für die Auftragsdatenverarbeitung gemäß § 29 KDG.

Ich habe die Informationen zur Kenntnis genommen.

#DatumAktuell

Ort, Datum Unterschrift der Bewohnerin/des Bewohners

#DatumAktuell

Ort, Datum Unterschrift der Vertreterin/des Vertreters

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	16/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

Anlage 2

Einwilligung zur Datenverarbeitung zu Versorgungszwecken

Ich, #KlientVorname #KlientName bin damit einverstanden, dass die Marienhaus gem. GmbH folgende meiner personenbezogenen Daten, die auch besondere Kategorien personenbezogener Daten, hier Gesundheitsdaten, umfassen, wie folgt verarbeitet werden:

1. Verarbeitung von Biographischen Daten

- Die biographischen Daten, insbesondere Lebensgeschichte, Gewohnheiten, besondere Fähigkeiten, Abneigungen und Tabus dürfen von der Einrichtung erhoben, erfasst, gespeichert, angepasst oder verändert und verwendet werden zum Zweck der fachgerechten Pflege- und Betreuung, insbesondere um meine Ressourcen, Wünsche und Bedürfnisse besser verstehen, die Beziehung zwischen mir und den Pflege- und Betreuungspersonen verbessern und mich ganzheitlich durch das Wissen um meine Lebenserfahrungen versorgen zu können.

2. Weitergabe von personenbezogenen Daten an Dritte

- Meine **behandelnden Ärzte**

dürfen Einblick in die Pflege- und Betreuungsdokumentation und andere Arztberichte inkl. Diagnosen und Befunde und deren Aktualisierung sowie in die Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung (soweit vorhanden) zum Zweck der ganzheitlichen gesundheitlichen Versorgung erhalten.

- Meine **Therapeuten, Logopäden, Physiotherapeuten, Podologen etc.**

dürfen Beobachtungsdaten aus dem Pflegebericht und deren Aktualisierung zum Zweck der ganzheitlichen therapeutischen Behandlung mündlich mitgeteilt werden.

- Die **Krankenhäuser/Rehabilitations-Einrichtungen, Sanitätshäuser und Apotheken** in/von denen ich behandelt werde oder werden soll, dürfen so genannte Pflegeüberleitungsbögen mit den erforderlichen Informationen, wie Patientenstammdaten, Diagnosen (Haupt- und Nebendiagnosen) einschließlich Infektionen oder Besiedelungen durch multiresistente Erreger, Anamnese, Diagnostik, Therapien inkl. Prozeduren, Medikationsplan und Verordnungen sowie die Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung in Kopie (soweit vorhanden) zum Zweck der nahtlosen gesundheitlichen Versorgung erhalten.

- Der **Medizinische Dienst**

darf Einsicht in die Pflege- und Betreuungsdokumentation auch im Hinblick auf die dem Leistungserbringer freiwillig überlassenen Daten und deren Aktualisierung zum Zweck der Begutachtung des Grades der Pflegebedürftigkeit erhalten.

- Der **zuständige Sozialhilfe- bzw. Eingliederungshilfeträger**

darf im Einzelfall notwendige Auszüge aus der Pflege- und Betreuungsdokumentation zum Zweck der Prüfung der Leistungsgewährung erhalten.

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass die Verarbeitung meiner Daten auf freiwilliger Basis erfolgt. Ferner, dass ich meine Einwilligung verweigern bzw. jederzeit ohne Angaben von

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	17/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

Gründen mit Wirkung für die Zukunft in Textform widerrufen kann. Im Fall des Widerrufs können unter Umständen Einschränkungen in der Versorgung bzw. finanzielle Nachteile (z.B. verspätete oder abgelehnte Kostenzusage eines Sozialleistungsträgers) entstehen.

Der Widerruf kann formlos an den Vertragspartner übermittelt werden.

Meine Widerrufserklärung ist zu richten an: Marienhaus gem. GmbH, Ottilienstr. 9, 45127 Essen, E-Mail: info@marienhaus-essen.de, Fax: 0201 87440-555.

Ich hatte Gelegenheit, Fragen zum Datenschutz zu stellen. Sofern ich Fragen hatte, wurden diese vollständig und umfassend beantwortet.

Weitere Informationen zum Datenschutz sowie die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten sind zu finden unter: www.marienhaus-essen.de.

#DatumAktuell

Ort, Datum Unterschrift der Bewohnerin/des Bewohners

#DatumAktuell

Ort, Datum Unterschrift der Vertreterin/des Vertreters

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	18/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

Anlage 3

Recht auf Beratung und Beschwerde

Wenn Sie Beratung benötigen oder Beschwerden vorbringen möchten, stehen Ihnen folgende Ansprechpartner zur Verfügung:

Geschäftsführerin/ Einrichtungsleitung:

Monika Reinmuth
Erdgeschoss, Verwaltung
Tel. 0201 87440-516

Verantwortliche Pflegefachkraft/ Stellv. Einrichtungsleitung:

Dominik von Jeger
Erdgeschoss, Verwaltung
Tel. 0201 87440-618

Bewohnerbeirat:

Fr. Bartelsmeier / Hr. Lück / Fr. Saurusajtis /
Fr. Schawohl / Fr. Sorg / Fr. Hönig
Tel. 0201 87440-0

Gesellschafter:

Kath. Pfarrgemeinde St. Gertrud
Rottstr. 36
45127 Essen
Tel. 0201 247360

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	19/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

Nachfolgend sind einige Anschriften und Telefonnummern von Institutionen aufgeführt, an die Sie sich ebenfalls wenden können:

Zuständiger Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege:

Caritasverband für das Bistum Essen e.V.
Porscheplatz 1
45127 Essen
Tel. 0201 81028-0

Zuständige Behörde nach WTG (Heimaufsicht):

Gesundheitsamt Essen
Steubenstr. 53
45138 Essen
Tel.: 0201/8850320

Monitoring- und Beschwerdestelle nach § 16 WTG bei freiheitsentziehenden und freiheitsbeschränkenden Maßnahmen:

Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 855 4499

Sozialhilfeträger:

Stadt Essen
Steubenstr. 53
45138 Essen
Tel. 0201 8850-0

Medizinischer Dienst der Krankenkassen:

MD Nordrhein
Lützowstr. 49
45141 Essen
Tel. 0201 8311244

Anschrift der örtlichen Verbraucherberatung:

Verbraucherberatung NRW
Beratungsstelle Essen
Hollestr. 1
45127 Essen
Tel. 0201 225320

bzw. die Anschrift der Verbraucherzentrale in Düsseldorf:

Verbraucherzentrale in NRW,
Mintropstraße 27
40215 Düsseldorf
Tel.: 0211/3809-0

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	20/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

Anlage 4

Selbstverpflichtung der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen für internes und externes Beschwerdemanagement

Bewohnerinnen/ Bewohner haben ein Recht, sich zu beschweren. In unseren Einrichtungen und Diensten sind Beschwerden jederzeit willkommen. Sie sind eine Chance zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der Leistungen.

1. Einrichtungen und Dienste legen die Grundsätze ihres Beschwerdemanagements fest und stellen sie Bewohnerinnen/ Bewohner zur Verfügung.
2. Die Einrichtungen und Dienste verpflichten sich, Beschwerden zu dokumentieren, innerhalb von 7 Werktagen darauf zu reagieren und gemeinsam mit dem Beschwerdeführer nach Lösungen zu suchen.
3. Die Einrichtungen und Dienste teilen den Bewohnerinnen/ Bewohner Anschriften interner und externer Ansprechpartner mit, wie z. B.
 - a. Beschwerdestelle des Trägers
 - b. Beirat bzw. Vertrauensperson nach dem Wohn- und Teilhabegesetz
 - c. Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege
 - d. Ombudsfrau/-mann der Kommune oder des Kreises
 - e. Zuständige Behörde nach dem Wohn- und Teilhabegesetz
 - f. Zuständige Pflegekasse/Sozialhilfeträger
 - g. Örtliche Verbraucherberatung.
4. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege verpflichten sich,
 - a. die Beschwerdekultur in den Einrichtungen und Diensten zu fördern,
 - b. im Rahmen ihrer satzungsgemäßen Aufgaben zu beraten, zu vermitteln und in strittigen Fällen zu moderieren, soweit dies gewünscht wird,
 - c. in den Musterverträgen der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege den Bewohnerinnen/ Bewohner einen Rechtsanspruch auf Einhaltung dieser Selbstverpflichtung einzuräumen.

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	21/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

Anlage 5

Vereinbarung über Nutzungsrechte an Fotos zwischen BewohnerIn und Marienhaus gem. GmbH

Name der Bewohnerin/des Bewohners

#KlientAnrede #KlientTitel #KlientVorname #KlientName

Adresse:

Marienhaus gem. GmbH
Kath. Altenwohn- und Pflegeeinrichtung
Ottilienstraße 9
45127 Essen

Die Bewohnerin/der Bewohner bzw. deren Bevollmächtigte und die Marienhaus gem. GmbH treffen folgende freiwillige Vereinbarungen:

1. Als BewohnerIn des Marienhauses erkläre ich mich damit einverstanden, dass die von mir angefertigten Aufnahmen (Bildnisse) in unveränderter oder veränderter Form durch die Marienhaus gem. GmbH, ohne jede Beschränkung für alle in Betracht kommenden Nutzungszwecke vervielfältigt, ausgestellt und öffentlich wiedergegeben werden können.

2. Ich räume der Marienhaus gem. GmbH das ausschließliche Nutzungsrecht an den vorliegenden Aufnahmen ein. Dies umfasst auch die Bearbeitung, Retuschierung sowie Verwendung der Bildnisse für Montagen. Die angefertigten Aufnahmen werden ausschließlich für die Marienhaus gem. GmbH (Imagebroschüren, Homepage, Marienecho, Presseartikel etc.) verwendet und nicht zu kommerziellen Zwecken an Dritte weitergegeben.

3. Darüber hinaus bestätige ich, dass mit der Unterschrift dieser Freigabe sämtliche Ansprüche abgegolten sind, die mir wegen der Anfertigung, Vervielfältigung, Verbreitung, Ausstellung oder öffentlichen Wiedergabe der Bildnisse gegenüber dem Fotografen oder Dritten, die mit dessen Einverständnis handeln, zustehen. Für diese Vereinbarung und Freigabeerklärung gilt unabhängig vom Aufnahmeort ausschließlich deutsches Recht.

4. Widerruf

Ich kann diese Einwilligung zu jeder Zeit widerrufen. Der Widerruf ist nur für die Zukunft möglich und nicht für bereits erfolgte Datenverarbeitungsvorgänge.

Essen, den #DatumAktuell

(Bewohner/in)

(Vertreter/in)

(M. Reinmuth)

(D. von Jeger)

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	22/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

Anlage 6

Vorname Name: #KlientVorname #KlientName

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie haben gem. § 312g BGB das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns

(Marienhaus gem. GmbH, Ottilienstr. 9, 45127 Essen, Tel. 0201 87440-0, Fax: 0201 87440-555, E-Mail: info@marienhaus-essen.de) mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. per Telefon, ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular (Anlage 7 zu diesem Vertrag) verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnen sollen, so haben Sie uns Wertersatz für die bis zum Widerruf erbrachte Leistung zu zahlen. Grundlage für die Berechnung des Wertersatzes sind die vertraglich vereinbarten Entgelte.

Erklärung

Ich habe die Belehrung über das Widerrufsrecht zur Kenntnis genommen.

☒ **Nach erfolgter Belehrung über die Voraussetzungen des Widerrufsrechts fordere ich von der Einrichtung, die Leistungen sofort und damit vor Ablauf der Widerrufsfrist zu erbringen.**¹

#DatumAktuell

Ort, Datum

Unterschrift der Bewohnerin/des Bewohners

#DatumAktuell

Ort, Datum

Unterschrift der Vertreterin/des Vertreters

¹ Zwingend erforderlich, wenn vor Ablauf der Widerrufsfrist mit der Erbringung der Leistungen begonnen wird

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	23/24

Marienhaus Kath. Alten- wohn- und Pflegeeinrichtung	Qualitätsmanagement- Handbuch	Geltungsbereich: Gesamtes Haus
5.1.01.2 Vertrag stationäre Pflege		

Anlage 7

Vorname Name: _____

Widerrufsformular

Muster-Widerrufsformular

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück per Post oder Fax oder schreiben uns eine E-Mail)

An

Marienhaus gem. GmbH, Ottilienstr. 9, 45127 Essen, Fax: 0201 87440-555,

E-Mail: info@marienhaus-essen.de

Hiermit widerrufe ich den von mir mit Ihnen abgeschlossenen Vertrag vom _____.

Ort, Datum

Unterschrift der Bewohnerin/des Bewohners

Ort, Datum

Unterschrift der Vertreterin/des Vertreters

Freigabe	BearbeiterIn	Änderungsstand	Datum	Seite
Reinmuth	Reinmuth/Schulz	5	19.12.2023	24/24